



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Mobilität
Sitzungstermin: Mittwoch, 08.04.2026
Sitzungsbeginn: 16:06 Uhr
Sitzungsende: 19:31 Uhr
Raum, Ort: Marcus-Heinemann-Saal, Museum Lüneburg, Zugang Wandrahmstraße
10, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Pia Redenius

Beschließende Mitglieder

Christian-Tobias Gerlach

Thomas Dißelmeyer

Vertretung für: Carmen Maria Bendorf

Ulrich Blanck

Dr. Corinna Maria Dartenne

Burghard Heerbeck

bis 18:58 Uhr

Birger Johnson

Jule Grunau

Vertretung für: Andrea Kabasci

Jörg Kohlstedt

Antje Henze

Vertretung für: Jens-Peter Schultz

Grundmandat

Dirk Neumann

Frank Soldan

bis 18:58 Uhr

Beratende Mitglieder

Johannes Dau

Jonas Korn

Ulrich Mädge

Heide Schmidt

Heiko Meyer

Vertretung für: Cornelius Schnabel

Sabine Borchers

Vertretung für: Uwe Wenk

Verwaltung

Markus Moßmann

Jürgen Kipke

Lucas Friese

Alexander Matz

Vertretung für: Jörg-Dieter Silex

Merve Künkenrenken

Svea Berberich

Gäste
-keine-

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2026	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
5	Einwohnendenfragen	
6	Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße	VO/9298/20-7
7	Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße	VO/9298/20-5-6
8	Radverkehrsstrategie 2035 - Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2025	BV/12148/25
9	Angepasster Planungsvorschlag: Umbau der Sternkreuzung	VO/11127/24-1
10	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs F2 "Maßnahmenprogramm öffentlicher Raum" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)	VO/11872/25-5
11	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs M4 "Wirksame Modalfilter in der Innenstadt" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)	VO/11872/25-6
12	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs R1 "Netzkonzeption Rad" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)	VO/11872/25-8
13	Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs S3 "Lebenswerte Quartiere" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)	VO/11872/25-7
14	Sachstand zur Reaktivierung der Bahnstrecke Soltau-Lüneburg und Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der SinON GmbH	MV/12395/26
15	Auswertung des ADFC Fahrradklima-Tests 2024	MV/12394/26
16	Anträge und Anfragen	
16.1	Anfrage "Barrierefreie Straßenübergänge im Stadtteil Kreideberg - was ist seitens der Verwaltung geplant, diese herzustellen?" (Anfrage Der SPD-Fraktion vom 08.12.2025, eingegangen am 29.01.2026)	AF/12322/26

TOP	Betreff	Vorlage
16.2	Anfrage "Verkehrsqualität Baustellen" (Anfrage des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)	AF/12392/26
16.3	Anfrage "Schneeräumplan" (Anfrage des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)	AF/12391/26
16.4	Antrag "Sicherheit im Pulverweg" (Antrag des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)	AT/12390/26
16.5	Anfrage "Fahrradabstellmöglichkeiten in der Innenstadt" (Anfrage des AStA vom 25.03.2026, eingegangen 25.03.2026)	AF/12415/26
17	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorsitzende Redenius begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Änderungen in Rot

Die Tagesordnung wird **mit Änderungen** festgestellt. **Die Tagesordnungspunkte 6, 7, 10, 11, 12, 13 werden auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	4
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Vorsitzende Redenius hält fest, dass die Tagesordnung außerordentlich lang ist. Sie wäre dankbar, wenn die Tagesordnung konstruktiv und zügig behandelt werden würde, damit möglichst viele Tagesordnungspunkte behandelt werden könnten. Ferner gebe es zwei Hinweise zur Tagesordnung: Erstens, *TOP 3 Genehmigung des Protokolls* werde vertagt, da es heute erst versandt wurde. Zweitens, werde *TOP 16.3 Anfrage "Schneeräumplan" (Anfrage des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)* ebenso vertagt, da Herr Fugel, als Leitung des Betriebshofs der Abwasser, Grün und Lüneburger Service GmbH (AGL), hierzu persönlich vortragen wird und heute verhindert ist.

Ratsherr Dißelmeyer meldet sich zu Wort. Er teilt mit, dass seine Fraktion das Vorgehen mit großer Skepsis sehe, da es die Wahrung des Budgetrechts des Rates in Frage stelle. Zwei Punkte seien aus Sicht der SPD-Fraktion inakzeptabel: Erstens, verweigere die Verwaltung, einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorzulegen. Die Verwaltung erwarte, dass der Ausschuss zu den vielen vorgelegten Vorlagen heute bereits Entscheidungen zum Haushalt 2027 treffe. Zweitens und schwerwiegender sei, dass heute hier in diesem Fachausschuss durch die Einbringung der Vorlagen Entscheidungen getroffen werden sollten, die die Haushaltsberatungen vorwegnehmen würden. Dies sei rechtlich mehr als bedenklich. Durch die Beratung der für das Haushaltsjahr 2027 relevanten Vorlagen im Fachausschuss werde das Budgetrecht des Stadtrats ausgehebelt.

Vorsitzende Redenius entgegnet hierauf, dass der Mobilitätsausschuss kein beschließendes Gremium sei, sondern lediglich Empfehlungen für den Verwaltungsausschuss und den Rat ausspreche.

Ratsherr Blanck äußert Verwunderung über die Systematik und Logik der SPD-Fraktion. Zum einen sei der Mobilitätsausschuss, wie gerade von der Vorsitzenden Redenius erläutert, le-

diglich beratend tätig. Zum anderen müsse Ratsherr Dißelmeyer ihm erläutern, worin der Zusammenhang zu einem angeblichen Nachtragshaushalt zu sehen sei. Dieser könne lediglich für das Doppelhaushaltsjahr 2025/26 relevant sein, denn für 2027 sei ohnehin noch kein Haushalt beschlossen worden. Da der Haushalt für das Jahr 2027 erst vom neuen Rat beschlossen werde, stelle sich ihm die Frage, wie ein Nachtrag zu einem noch nicht beschlossenen Haushalt erfolgen solle.

Erster Stadtrat Herr Moßmann erklärt, dass er der Ansicht von Ratsherrn Dißelmeyer nicht folgen könne. Dessen Kritikpunkte beträfen den Nachtragshaushalt und das Budgetrecht des Rates. In den entsprechenden Vorlagen, beispielsweise in den Steckbriefen zum NUMP (Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan) – hier TOP 10 bis 13, sei sinngemäß der Auftrag an die Verwaltung geknüpft, im Zuge der Haushaltsplanberatungen für 2027 fortfolgende die vorgeschlagenen Ansätze einzubringen. Dies stehe voll und ganz im Einklang mit der Beschlusslage des Rats aus November 2024. Den Haushalt für das Jahr 2027 beschließe der künftige Rat. In der Kommunalverwaltung herrsche das Prinzip der Kontinuität. Alte Ratsbeschlüsse lebten fort, anders als in einer Legislatur im Landtag oder Bundestag. Es liege in der Verantwortung der amtierenden Gremien, der Verwaltung das Handwerkszeug zu geben, damit sie für die kommende Wahlperiode gewisse Leitplanken habe. Hierzu gehöre es auch, der Verwaltung Eckpunkte für die bevorstehende Haushaltsaufstellung zu geben. Zu den Maßnahmenempfehlungen für den NUMP würden selbstverständlich noch eine Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses herbeigeführt.

Vorsitzende Redenius fragt die SPD-Fraktion, ob ein konkreter Antrag vorliege und bittet darum diesen noch einmal zu verlesen.

Ratsherr Dißelmeyer ergänzt, dass die Beschlüsse in diesem Fall nicht den Rat, sondern lediglich den Verwaltungsausschuss erreichen würden. Die SPD-Fraktion würde den Antrag auf Vertagung aller haushaltsrelevanten Beschlusspunkte für das Jahr 2027 stellen.

Vorsitzende Redenius bittet um Benennung der konkreten Tagesordnungspunkte, die vertagt werden sollen.

Ratsherr Dißelmeyer erklärt, dass für die folgenden Tagesordnungspunkte die Vertagung beantragt werde:

- TOP 6 - *Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße.*
- TOP 7 - *Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße*
- TOP 10 - *Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs F2 "Maßnahmenprogramm öffentlicher Raum" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)*
- TOP 11 - *Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs M4 "Wirksame Modalfilter in der Innenstadt" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)*
- TOP 12 - *Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs R1 "Netzkonzeption Rad" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)*
- TOP 13- *Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs S3 "Lebenswerte Quartiere" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP).*

Vorsitzende Redenius fragt, bis wann die Tagesordnungspunkte vertagt werden sollen.

Ratsherr Dißelmeyer entgegnet, dass dies die Verwaltung entscheiden könne.

Vorsitzende Redenius bittet Ratsherrn Dißelmeyer, zu konkretisieren, ob die Tagesordnungspunkte bis zur nächsten Ratssitzung, Legislaturperiode, bis zum nächsten Mobilitätsausschuss oder bis ein Nachtragshaushalt vorliege, vertagt werden sollen.

Ratsherr Dißelmeyer bittet, diese Frage an die Verwaltung zu übergeben.

Erster Stadtrat Moßmann verdeutlicht, dass seiner Meinung nach die abgegebene Begründung die beantragte Vertagung nicht rechtfertige, möglicherweise sei die Motivation ja eine andere. Es würde kein Nachtragshaushalt benötigt werden, da es bei den Tagesordnungspunkten 10 bis 13 um den künftigen Haushalt gehe. Die Forderung nach einem Nachtragshaushalt sei fehl am Platz. Bei den Tagesordnungspunkten 6 und 7 gebe es bereits entsprechenden Ansätze im Haushaltsplan, die die Maßnahmen finanziell abdecken würden. Es werde dort ebenfalls nicht in das Budgetrecht des künftigen Rates eingegriffen. Die Verwaltung brauche eine Planungs- und Arbeitsgrundlage, um einen Haushaltsplanentwurf aufstellen zu können. Selbstverständlich würde der künftige Rat auch über den künftigen Haushalt entscheiden.

Ratsfrau Dr. Dartenne weist Ratsherrn Dißelmeyer darauf hin, dass in den Beschlussvorschlägen zu den Steckbriefen zum NUMP lediglich von der Anmeldung der Haushaltsmittel die Rede sei. Die Sorge, dass die Freigabe der Haushaltsmittel ohne die Freigabe des Rates erfolge, sei unverständlich.

Ratsherr Kohlstedt kritisiert, dass die Vorlagen betreffend des NUMP und Fahrradings in der Beratungsfolge in den Verwaltungsausschuss eingehen und nicht in den Stadtrat.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirats, kritisiert ebenfalls, dass beispielsweise für TOP 7 in der Beratungsfolge als nächstes der Verwaltungsausschuss steht. Hier gebe es die entsprechenden Mehrheiten.

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass er die Darstellung nicht unwidersprochen stehen lassen könne. Der neu gewählte Rat werde im Herbst 2026 gewählt und über den Haushalt 2027 entscheiden. Neue Maßnahmen mit entsprechenden Planungskosten könnten erst begonnen werden, wenn der Haushalt beschlossen und durch die Kommunalaufsicht genehmigt worden sei.

Vorsitzende Redenius fragt, ob allen Stimmberechtigten klar sei, worüber abgestimmt werde. Sie bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung. Ratsherr Dißelmeyer solle den Antrag der SPD-Fraktion noch einmal verschriftlichen, damit die Protokollantin, Frau Künkenrenken, den Antrag noch einmal für alle Teilnehmenden des Ausschusses laut verlesen könne.

Nach der Sitzungsunterbrechung liest die Protokollantin, Frau Künkenrenken, vor, dass die SPD-Fraktion beantrage, dass alle haushaltsrelevanten Beschlusspunkte für das Jahr 2027, vorliegend die Tagesordnungspunkte 6, 7, 10, 11, 12 und 13, vertagt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 4
Enthaltung: 1

Vorsitzende Redenius hält fest, dass die Tagesordnung somit mit Änderungen festgestellt werde. Die Tagesordnungspunkte 6, 7, 10, 11, 12, 13 würden auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt werden.

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2026

Beschluss:

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Friese, kommissarische Leitung des Bereichs 35 - Mobilität -, stellt das Dashborad für Verkehrsdaten anhand der Präsentation (Folie 6) vor.

Erster Stadtrat Moßmann stellt anhand der Präsentation (Folie 7 bis 8) die Umsetzung von Tempo 30 im Stadtgebiet vor. Er verweist hierzu auch auf den in der Landeszeitung erschienenen Artikel zur Umsetzung von Tempo 30 in Häcklingen. Hinzugekommen sei die Umsetzung von Tempo 30 beim Oedemer Weg als hochfrequentierter Schulweg nach der Novellierung der Straßenverkehrsordnung.

Herr Kipke, – Leitung des Fachbereiches 3b - Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität, begrüßt die Anwesenden und stellt anhand der Präsentation (Folie 11 bis 12) vor, wie im Rahmen der Generalsanierung 2029 die Deutsche Bahn (DB) den Westbahnhof weiterentwickeln wolle. Er skizziert, wie durch die Erweiterung des Westbahnhofs auch eine verbesserte Zuwegung zur Bahnsteiganlage erreicht werden soll. Für die Stadt böte sich damit die Möglichkeit, den Westbahnhof für Fußgänger und Radfahrer unmittelbar vom Altenbrückerdamm aus zu erschließen, ohne den Umweg über die Bahnhofstraße machen zu müssen. Damit ergeben sich auch direktere Verbindungen in Richtung Bahnhof und ZOB.

Als weiteres Thema im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn (DB) ergänzt er zur Qualitätsoffensive, dass es einen neuen Stand zu den verbleibenden Bahnverbindungen von Lüneburg nach Hamburg gebe. Aufgrund der Verzögerungen der Sanierung der Strecke Berlin-Hamburg bis 14. Juni 2026 würden die Verstärkerzüge zu den Pendlerzeiten bis dahin nicht angeboten werden können. Daher werde es lediglich eine stündliche Verbindung von Lüneburg nach Hamburg geben. Der Austausch mit der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) werde fortgesetzt und auch geklärt, über wie viele Wagen der stündliche Zug verfügen werde.

Herr Matz, Leitung des Fachbereiches 7 - Tiefbau und Grün, stellt anhand der Präsentation (Folie 13 bis 20) das Bauablaufkonzept „Soltauer Straße“ vor.

Erster Stadtrat Moßmann teilt anhand der Präsentation (Folie 21) die Daten für die Informationsveranstaltungen in Oedeme und Häcklingen/Rettmer zum Bauablaufkonzept „Soltauer Straße“ mit. Bei den Informationsveranstaltungen würden von Seiten der Stadt Herr Matz, Herr Kipke und er selbst sprechen. Weiter werde die Avacon die sogenannte Netzverstärkungsmaßnahme vorstellen.

Anlage 1 MobA_20260408-TOP_4

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Es wird die nachfolgende Einwohnendenanfrage gestellt:

Der Fragesteller wohne am Kreideberg und es gehe um den Schulweg der Kinder zur Grundschule Kreideberg. Dort gebe es am Edeka einen Zebrastreifen, aber an der Ecke Ostpreußenring/Brandenburgerstraße gebe es keine gesicherte Querungsmöglichkeit. Dort sei nun aufgrund der Baustelle zur Bushaltestelle temporär ein Zebrastreifen errichtet worden. Sei geplant, dort langfristig einen Zebrastreifen einzurichten? In dieser Straße würden viele Kfz mit überhöher Geschwindigkeit fahren.

Erster Stadtrat Moßmann bedankt sich bei dem Anwohner für die Vorabereinreichung der Frage zum Ausschuss, sodass eine Vorbereitung der Antwort möglich gewesen sei. Bei Baustellen würden andere Voraussetzungen für temporäre Zebrastreifen gelten. Bei der Einrichtung eines dauerhaften sogenannten Fußgängerüberwegs seien andere, nämlich höhere Anforderungen zu beachten.

Die Vorlage zu TOP 13 - Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs S3 "Lebenswerte Quartiere" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP) befasse sich u.a. mit einem möglichen Modalfilter zur Unterbrechung des Verkehrs der Thorner Straße. Die Verwaltung habe im Zuge des NUMP-Prozesses immer wieder darauf hingewiesen, dass eine solche Maßnahme Verkehre auf den Ostpreußenring verlagere. Man müsse daher sehr genau abwägen, ob eine solche Maßnahme sinnvoll sei.

Man werde unabhängig hiervon aber noch einmal eine Bewertung der Situation im Ostpreußenring vornehmen, denn die Schulwegesicherung habe eine hohe Priorität.

Eine weitere Person stellt zwei Einwohnendenanfragen:

Frage 1:

Um dem Radentscheid-Ratsbeschluss etwas näher zu kommen, hätte man bereits 2024 kostengünstig Fahrradstraßen-Schilder aufstellen und Fahrradstraßen-Markierungen aufbringen können. Was sei an der aktuell vorgeschlagenen Lösung so viel besser, dass es die Umbaukosten, die sogar noch höher als bei der vorher vorgeschlagenen Kompromisslösung seien, zu rechtfertigen gelte?

Frage 2:

Der Parksuchverkehr habe sich in den letzten Jahren mindestens als lästig herausgestellt. Wie hoch seien die jährlichen Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung der Wallstraße und könnte man nicht darauf verzichten, um hier die Verkehrssituation zu verbessern?

Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass Frage 2 zu Protokoll beantwortet werde. [Anmerkung zu Protokoll: Eine genaue Auswertung, welche Parkeinnahmen konkret durch die Wallstraße generiert werden, ist nicht möglich. Es liegen lediglich die Einnahmezahlen der in der Wallstraße befindlichen Parkscheinautomaten vor, diese können der Wallstraße eindeutig zugeordnet werden. Darüber hinaus werden Parkgebühren auch über das Handyparken vereinnahmt. Diese Einnahmen werden jedoch nur nach Gebührenzonen 1/2/3 erfasst und nicht straßengenau ausgewertet. Aus den Einnahmen des Handyparkens lassen sich daher keine belastbaren Rückschlüsse auf die Wallstraße ziehen. 78.547,20 € in 42.445 Parkvorgängen wurden durch die Parkautomaten Wallstraße Ost und West vom 01.01.2023 bis zum 17.04.2026 eingenommen. Bei gleichmäßiger Verteilung dieser Einnahmen generieren die Parkscheinautomaten in der Wallstraße rund 20.000,- € jährlich.]

Zu Frage 1 erläutert er, dass die Einrichtung einer Fahrradstraße an rechtliche und hierbei insbesondere bauliche Voraussetzungen geknüpft sei. Bei der Ilmenaustraße seien besonders die Parkstände zu berücksichtigen, weil die rückwärts ausfahrenden Autos eine besondere Gefahr für den Radverkehr darstellen können. Planungsgrundlage ist daher die Herstellung einer Schutzzone für den Radverkehr hinter den Parkständen. Die Anforderungen des Rates seien gewesen, dass die Förderfähigkeit gewährleistet bleibe und zugleich die Anzahl der Parkplätze im Status Quo, bei 72 Parkplätzen, bleibe. Weiter sollten die Flächen Richtung Ilmenau eine Aufwertung zu mehr Grün und mehr Klimaschutz erhalten, auch der Fußverkehr sollte gestärkt werden.

Die mit diesen Maßgaben angepasste Planung hätte die Verwaltung dem Ausschuss heute präsentiert, wäre der TOP 7 nicht vertragt worden.

**Zu TOP 6 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Marienplatz, Am Ochsenmarkt inkl. Bardowicker Straße
VO/9298/20-7**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der SPD-Fraktion vertragt.

**Zu TOP 7 Fahrradring Lüneburg: Planungen des Abschnitts Altenbrückertorstraße/ Ilmenaustraße
VO/9298/20-5-6**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der SPD-Fraktion vertragt.

**Zu TOP 8 Radverkehrsstrategie 2035 - Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2025
BV/12148/25**

Beschluss:

Änderungen in Rot

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Fortschreibung der Radverkehrsstrategie 2025 für den Zeitraum bis 2035 wird als strategischer Handlungsrahmen und Grundlage für die weitere Planung **und Priorisierung** von Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in der Hansestadt Lüneburg beschlossen. **Bevor nicht umgesetzte Maßnahmen verworfen werden, sind die dafür vorgesehen Gremien zu beteiligen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Enthaltung: 6

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b - Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität –, stellt die Vorlage anhand der Präsentation (Folie 48 bis 53) vor. Diese sei aufgrund der Sitzungslänge des Ausschusses vom 4. Februar 2026 vertragt worden. Weiterhin sei gestern eine Ergänzung zur Vorlage verschickt worden. Ausgangspunkt sei eine Frage von Frau Schröder-Ehlers in der letzten Sitzung zur weiteren Differenzierung der Maßnahmen. Er bittet um Zustimmung zu

dem Beschlussvorschlag.

Vorsitzende Redenius verweist auf den eingegangenen Änderungsantrag des VCD und erteilt Herrn Jonas Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, das Wort.

Herr Korn erklärt, dass es ihm um die stärkere Einbindung des Arbeitskreises Verkehr bezüglich der umzusetzenden Maßnahmen ginge. Aus Sicht des VCD sei es unbefriedigend, dass 20 Maßnahmen verworfen worden seien, ohne die entsprechenden Gremien zu beteiligen; daher sei der Änderungsantrag gestellt worden.

Herr Kipke erläutert, dass einige Maßnahmenempfehlungen nicht per se verworfen wurden, sondern einer Umsetzungsprüfung nicht standgehalten hätten und damit aus unterschiedlichen Gründen nicht in die Realisierung kommen konnten. Die Radverkehrsstrategie 2025 sei aus dem Jahr 2018, zum Teil habe es auch schlicht infrastrukturelle Änderungen gegeben. Der wichtige Punkt sei, dass die Radverkehrsstrategie 2025 ausgelaufen sei. Für den Zeitraum ab 2026 gebe es kein beschlossenes Konzeptpapier, ein Beschluss sei daher notwendig, um beispielsweise Förderanträge stellen zu können und weitere Maßnahmen mit Fördermitteln umzusetzen. Wenn dies erfolgt, würden die aufgenommenen Maßnahmen im Rahmen der Planungsprozesse in den Gremien und vorab in dem Arbeitskreis Verkehr vorgestellt werden.

Ratsherr Soldan erklärt, er könne nachvollziehen, warum die Strategie fortgeführt werden solle. Jedoch würde diese auch Erwartungen zur Umsetzung erzeugen; dies zeige die Aussage von Herrn Korn. Es sei eindeutig, dass nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden würden. Ein Kritikpunkt sei, dass die Ratsapotheke innerstädtischer Ausgangspunkt für eine Radienbetrachtung sei, die zur Priorisierung einer Maßnahme führe. Aus seiner Sicht sei entscheidend, die Zuwegung zur Stadt und zu den Arbeitsplätzen besser zu gestalten. Ein Umstieg vom Auto auf das Fahrrad gelinge nur, wenn die Wege von außen nach innen besser ausgebaut würden.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, erklärt, dass die Priorisierung angepasst werden müsse. Beispielsweise sei es dringend notwendig, die Schützenstraße baulich aufzuwerten, um die Fahrradzufahrt zu der neuen Kita in der Schützenstraße zu gewährleisten. Zudem seien die finanziellen Mittel zu eng bemessen. Es müsse im Versuch mit dem neuen Rat eine neue Priorisierung erfolgen. Die Stadtteile seien viel mehr gewachsen, als im Jahr 2018 bekannt gewesen sei. Es sei heute wichtiger, die Stadtteile in der Umsetzung stärker mit einzubeziehen. Zudem seien die Schülerströme aus Kaltenmoor größer als erwartet. Drei Viertel der Schüler aus Kaltenmoor würden zur Oberschule am Wasserturm und zur IGS Kreideberg fahren.

Erster Stadtrat Moßmann fasst zusammen, dass viele Straßen in Lüneburg dringend saniert werden müssten, um die Infrastruktur nachhaltig zu erhalten. Dazu zähle sicherlich auch die Schützenstraße. Die Haushaltslage der Hansestadt Lüneburg, aber ebenso die personellen Kapazitäten, machten aber eine Priorisierung von Maßnahmen nötig. Gegenüber den Verbänden sei im Zuge der Entscheidung des Rates zum Beitritt zum Radentscheid die Umsetzung der Maßnahmen vorbehaltlich der finanziellen und personellen Kapazitäten der Stadt kommuniziert worden. Die meisten der 44 umgesetzten Maßnahmen befänden sich nicht in Umgebung der Innenstadt. Bisher wurde eine Mischung aus Maßnahmen im Zentrum, wie beispielsweise der Bögelkreisel, und Maßnahmen wie beispielsweise in der Süßen Heide umgesetzt.

Ratsherr Soldan fragt, ob das Wort „Priorisierung“ im Beschlussvorschlag gestrichen werden könne.

Herr Kipke entgegnet, dass das Wort „Priorisierung“ nicht elementar für den Beschlussvorschlag und die Erlangung von Fördermitteln sei. Die Umsetzung der Maßnahmen sei durchaus dynamisch und bestünde in Abhängigkeiten zu anderen geplanten Baumaßnahmen, bei denen beispielsweise Synergieeffekte genutzt werden könnten.

Vorliegend würde die *Fortschreibung* der Radverkehrsstrategie behandelt werden. Das Ur-

sprungsdokument sei entsprechend umfangreicher gewesen, weil seinerzeit im Grundkonzept eine externe Firma bei der Konzeption mit Fotomaterial etc. beteiligt gewesen sei.

Es sei bei der Umsetzung der Maßnahmen wichtig und städtisches Ziel, eine möglichst hohe Drittmittelförderung zu erhalten. Die Priorisierung der Maßnahmen sei hierfür nicht wesentlich und kann flexibel hinsichtlich der Maßnahmenfestlegung erfolgen. Entscheidend sei, dass ein Beschluss gefasst werde, um weitere Fördermittel erlangen zu können.

Ratsherr Kohlstedt beantragt für die SPD-Fraktion, dass das Wort *Priorisierung* im Beschlussvorschlag gestrichen wird.

Änderungsantrag der SPD:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 4

Enthaltung: 1

Vorsitzende Redenius hält fest, dass der Antrag der SPD angenommen wurde. Weiter müsse über den eingereichten Änderungsantrag des VCD abgestimmt werden. Fraglich sei, ob die Streichung des Wortes *Priorisierung* im Änderungsantrag des VCD übernommen werden könne.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, stimmt zu, dass das Wort *Priorisierung* im Änderungsantrag gestrichen werden könne.

Vorsitzende Redenius hält fest, dass der Beschlussvorschlag mit Änderungen durch die Anträge der SPD-Fraktion und des VCDs angenommen wurde.

Anlage 1 MobA_20260408-TOP_8

**Zu TOP 9 Angepasster Planungsvorschlag: Umbau der Sternkreuzung
VO/11127/24-1**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den verkehrsgerechten Umbau der Sternkreuzung gemäß der vorgestellten Variante 2026_2 inkl. der Erweiterung der Planungsstandgrenzen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1

Enthaltung: 3

Beratungsinhalt:

Herr Matz, Leitung des Fachbereich 7 - Tiefbau und Grün, stellt den bisher vertagten und angepassten Planungsvorschlag zum Umbau der Sternkreuzung anhand der Präsentation (Folie 54 bis 64) vor.

Herr Meyer, beratendes Mitglied auf Vorschlag des LCM, sagt, er könne der Planung nicht entnehmen, dass man noch wie bisher von der Soltauer Straße in die Uelzener Straße abbiegen

könne.

Herr Matz erklärt, dass dies auf der Abbildung schwer zu erkennen sei, aber dass weiterhin an dieser Stelle abgebogen werden könne.

Frau Borchers, beratendes Mitglied auf Vorschlag des ADFC Lüneburg, erklärt, dass die Sternkreuzung bereits viermal im Arbeitskreis Verkehr behandelt worden sei. Es sei bereits viel Gutes bei der Planung berücksichtigt worden. Aufgrund des begrenzten Platzes sei der Handlungsspielraum gering. Der ADFC sei nicht damit zufrieden, dass die freien Rechtsabbieger bestehen bleiben würden. Früher sei als Argument genannt worden, dass der freie Rechtsabbieger von der Lindenstraße zur Post aufgrund der Post-LKW notwendig sei. Zwischenzeitlich stehe fest, dass die Post an dem Standort in der Sülztorstraße nicht bleiben werde. Daher wolle der ADFC weiter darauf hinweisen, dass aufgrund des hohen Gefährdungspotentials freie Rechtsabbieger zurückzubauen seien.

Herr Matz erklärt, dass aufgrund der Geometrie der Kreuzung die Abbiegefurten bestehen bleiben müssen. Größere Lieferfahrzeuge würden ansonsten beim Abbiegen in den Gegenverkehr geraten. Die Abbiegesituation gänzlich zu entschärfen, würde nur funktionieren, wenn die Grundgeometrie der Kreuzung gänzlich umgebaut werden würde. Dies könne aber nicht in einer „Light“-Variante gewährleistet werden.

Herr Korn, beratendes Mitglied auf Vorschlag des VCD, entgegnet, dass er die Planungen für den Umbau der Sternkreuzung als wesentliche Verbesserung der Situation vor Ort empfindet. Insbesondere die Verbreiterung des bisher sehr beengten Raums für Radfahrende zu Zufußgehenden sei sehr zu begrüßen. Es sei sehr gut, dass die Stadt viele der im Arbeitskreis Verkehr eingebrachten Vorschläge berücksichtigt habe. Die Beibehaltung der freien Rechtsabbieger sei wenig sinnvoll. Insgesamt stellten die Planungen aber eine wesentliche Verbesserung dar und der VCD hoffe, dass die Umsetzung zeitnah erfolgen könne.

Ratsherr Kohlstedt verweist darauf, dass die Stadt keine finanziellen Mittel für den Umbau der Sternkreuzung habe und diese - auch aufgrund der geringen Unfallzahlen - als eine funktionsfähige Kreuzung zu bezeichnen sei. Der Umbau des Bögelkreisels habe hingegen Priorität. Auch der Straßenbelag der Sternkreuzung sei einwandfrei. An der Sternkreuzung solle kein Geld „versenkt“ werden.

Erster Stadtrat Moßmann erinnert daran, dass es einen Ratsbeschluss zum Radentscheid gebe und einen Beschluss zur Radverkehrsstrategie, über die heute schon diskutiert und beraten wurde. Hier laute ein Schwerpunkt der Umbau von Knotenpunkten im Sinne des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Umbauten von Knotenpunkten seien problematisch in der Bauphase. Der Umbau des Bögelkreisels müsse mit Bedacht angegangen werden. Der Umbau des Kreisels sei aufgrund der fünf Arme des Kreisels und der Zuwegung für Rettungswagen zum Klinikum komplex. In Zusammenarbeit mit der Unfallkommission unter Einbindung der Verkehrswacht sei entschieden worden, dass zunächst eine neue Beschilderung an den Bögelkreisel aufgestellt werde. Nach dem Exkurs zum Bögelkreisel wolle er thematisch zurück zur Sternkreuzung kommen. Die Sternkreuzung sei nicht nur der Weg zur Universität, sondern beispielsweise auch der Weg zum Kurpark. Im Besonderen seien in unmittelbarer Umgebung der Sternkreuzung die weiterführende Wilhelm-Raabe-Schule und die Grundschule St. Ursula, beides schulbezirksunabhängige Schulen, sowie die Musikschule. Über die Sternkreuzung würden somit besonders viele Kinder und Jugendliche mit dem Rad fahren. Die Abstellflächen seien dort aktuell zu eng bemessen. Auch die Verlegung der Bushaltestelle bedeute für die Schülerverkehre eine Erhöhung der Verkehrssicherheit, weil Straßenquerungen vermieden würden.

Herr Matz ergänzt, dass der Straßenbelag, anders als in der Diskussion dargestellt, an der Sternkreuzung äußerst bedenklich sei und der Asphalt dringend erneuert werden sollte. An den Pla-

nungen des Umbaus werde seit dem Jahr 2008 gearbeitet. Seit zwei Jahren befasse die Verwaltung sich mit den Planungen der „Light“-Variante, um den Budgetrahmen einhalten zu können. Der Zustand der Sternkreuzung verlange ein Handeln, um die Infrastruktur für die Verkehrsteilnehmenden aufrechtzuerhalten. Auch hinsichtlich der Förderfähigkeit des Projektes und der Baukosten sei es ratsam, den Umbau der Kreuzung nicht weiter zu verschieben. Die Förderwilligkeit sinke zurzeit und Baukosten würden jährlich stark zunehmen.

[Anmerkung: Ratsherr Heerbeck verlässt die Sitzung um 18:58 Uhr und nicht somit nicht an der Abstimmung teil.]

Anlage 1 MobA_20260408-TOP_9

Zu TOP 10 **Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs F2 "Maßnahmenprogramm öffentlicher Raum" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)**
VO/11872/25-5

Beschluss:

Die Vorlage wurde auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Zu TOP 11 **Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs M4 "Wirksame Modalfilter in der Innenstadt" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)**
VO/11872/25-6

Beschluss:

Die Vorlage wurde auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Zu TOP 12 **Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs R1 "Netzkonzeption Rad" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP)**
VO/11872/25-8

Beschluss:

Die Vorlage wurde auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Zu TOP 13 **Empfehlungen des Maßnahmensteckbriefs S3 "Lebenswerte Quartiere" des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP)**
VO/11872/25-7

Beschluss:

Die Vorlage wurde auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Zu TOP 14 Sachstand zur Reaktivierung der Bahnstrecke Soltau-Lüneburg und Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der SinON GmbH
MV/12395/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:

Herr Kipke, Leitung des Fachbereiches 3b - Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität -, stellt den aktuellen Sachstand zur Reaktivierung der Bahnstrecke Soltau-Lüneburg und Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der SinON GmbH anhand der Präsentation (Folien 78 und 79) vor. Die SinON werde sich innerhalb der nächsten 14 Tage hinsichtlich der Informationsveranstaltung melden.

Anlage 1 MobA_20260408-TOP_14

Zu TOP 15 Auswertung des ADFC Fahrradklima-Tests 2024
MV/12394/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:

Herr Friese, kommissarische Leitung des Bereichs 35 - Mobilität -, stellt die Auswertung des ADFC Fahrradklima-Tests 2024 anhand der Präsentation vor (Folien 79 bis 81).

Anlage 1 MobA_20260408-TOP_15

Zu TOP 16 Anträge und Anfragen

Zu TOP 16.1 **Anfrage "Barrierefreie Straßenübergänge im Stadtteil Kreideberg - was ist seitens der Verwaltung geplant, diese herzustellen?" (Anfrage Der SPD-Fraktion vom 08.12.2025, eingegangen am 29.01.2026)**
AF/12322/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Zu TOP 16.2 **Anfrage "Verkehrsqualität Baustellen" (Anfrage des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)**
AF/12392/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Korn fragt, ob die Verkehrsqualität in Lüneburg bereits erfasst worden sei.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass dies im Zuge der zurückliegenden Bauleitplanverfahren vorgenommen worden sei und die Ergebnisse zwischen den Stufen C und E gelegen hätten.

Zu TOP 16.3 **Anfrage "Schneeräumplan" (Anfrage des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)**
AF/12391/26

Beschluss:

Die Beantwortung der Anfrage wird vertagt.

Zu TOP 16.4 **Antrag "Sicherheit im Pulverweg" (Antrag des VCD vom 09.03.2026, eingegangen am 10.03.2026)**
AT/12390/26

Beschluss:

Der Antrag wird seitens der Antragstellerin zurückgezogen.

**Zu TOP 16.5 Anfrage "Fahrradabstellmöglichkeiten in der Innenstadt" (Anfrage des AStA vom 25.03.2026, eingegangen 25.03.2026)
AF/12415/26**

Beschluss:

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 17 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ratsherr Kohlstedt stellt drei Fragen. Zu den Taxiaufstellflächen am Bahnhof erkundigt er sich, wann die fehlenden Beschilderungen aufgestellt und wann die Bodenmarkierung *Taxi* ergänzt werde.

Des Weiteren möchte er wissen, ob es bereits eine Absprache mit der LNVG zu den Aufstellflächen während des Schienenersatzverkehrs zur Qualitätsoffensive gebe.

Zuletzt erkundigt er sich hinsichtlich der abgeklebten Beschilderung der Gartenstraße nordseitig, ob diese nachgeklebt werde, da sie sich löse.

Erster Stadtrat Moßmann antwortet, dass seines Wissens nach dem neuen Parkraumbewirtschaftungskonzept die Abklebungen für das Parken nordseitig der Gartenstraße nicht mehr aktuell seien. Dies würde aber noch einmal überprüft werden. Sollte die Änderung zum neuen Parkraumbewirtschaftungskonzept nicht stimmen, würde die AGL die Überklebung erneuern. [Anmerkung zu Protokoll: Nach Prüfung der Straßenverkehrsbehörde sind die Abklebungen nordseitig der Gartenstraße weiterhin aktuell. Die Abklebungen werden durch die AGL zeitnah erneuert.]

Für die Zeit der Qualitätsoffensive werde der Schienenersatzverkehr einen Wartebereich in der langen Parkbucht erhalten, wo die Taxis aktuell ihren Wartebereich haben. Geprüft wird in dem Zusammenhag die Verlegung der Taxistände auf die nördliche *Kiss&Ride*-Zone, um diesen auskömmlichen Platz einzuräumen. Hierzu würden weitere Abstimmungen mit dem Landkreis und der LNVG folgen.

Herr Mädge, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Seniorenbeirates, fragt, wie lange die Baustelle in der Dahlenburger Landstraße noch bestehe.

Herr Matz, Leitung des Fachbereich 7 - Tiefbau und Grün, antwortet, dass für die Baustelle in der Dahlenburger Landstraße eine Bauphase von zwei Jahren geplant war. Hier werde im Tandem mit der Avacon gearbeitet. Nach jetzigem Stand könne die Bauzeit eingehalten werden und die Baustelle sei demnach Mitte des Jahres 2027 fertiggestellt. Die Achse zum Schwalbenberg werde voraussichtlich zeitnah wieder geöffnet, sodass der ÖPNV wieder den herkömmlichen Linienweg fahren könne.

Pia Redenius

Markus Moßmann
Erster Stadtrat
